

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt

Nicht zitierfähig!

Mit diesem Freibetrag wäre der Kauf einer Immobilie in den meisten Fällen Grunderwerbsteuerfrei. Damit senken wir die nicht in die Immobilienfinanzierung einfließenden und direkt aufzubringenden Kosten erheblich. Damit geben wir jungen Menschen eine Chance, wieder Wohneigentum zu erwerben. Wohneigentum – das ist unsere tiefe Überzeugung – hat nicht nur etwas mit Eigenverantwortung und Initiative zu tun, sondern das ist ein sozialpolitisch begründeter Ansatz gegen die Altersarmut. Das ist der Grund, weswegen wir uns dafür so stark machen.

(Beifall von der FDP)

Natürlich kann man Probleme noch weiter problematisieren. Das ist am Ende einer Legislaturperiode nicht immer dienlich. Deswegen haben wir einen Antrag formuliert, der sehr allgemein gehalten ist und von dem wir uns erhoffen, dass wir mit Ihrer Zustimmung rechnen können. Dieser Antrag stellt den ersten Schritt auf einem längeren Weg dar, dass nämlich der Bund den Ländern die Kompetenz gibt, für die Grunderwerbsteuer einen Freibetrag einzuführen. Das ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

Wegen der besonderen Bedeutung der Eigentumsförderung auch im sozialpolitischen Bereich ist es notwendig, dass sich hier auch der Bund selbst engagiert. Deswegen haben wir gesagt: 3,5 % als ehemalige bundeseinheitliche Regelung ist der Maßstab. Dieser Satz wird vom Bund bei den Freibeträgen erstattet; denn für die Länder bedeutet das ja Einnahmeverluste.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist längst beendet.

Holger Ellerbrock (FDP): Danke. – Das ist ein Verlust, den die Länder hinzunehmen haben; das muss kompensiert werden. Die Länder sind im Wettbewerb gehalten, die eigene Grunderwerbsteuer zu senken, damit die Ausfälle möglichst gering bleiben.

Stimmen Sie zu! Das ist eine sozialpolitisch begründete Maßnahme. Wir lassen keine junge Familie zurück. Wir sagen Ja zur Grunderwerbsteuer mit einem Freibetrag. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die SPD-Fraktion spricht der Kollege Weske.

Markus Herbert Weske (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hatten in der Vorbereitung auf diesen Tagesordnungspunkt in der Fraktion überlegt: Welcher Fachbereich soll eigentlich auf diesen FDP-Antrag reagieren – Bauen und Wohnen oder Finanzen? Ich zitiere gerne aus der Mail meiner SPD-Bauleute: Der Antrag löst lediglich eine Scheindiskussion aus, denn Eigentumserwerb für junge Familien ist entgegen der Behauptung nie leichter gewesen als heute.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!**

Stichworte: Niedrigzinsniveau, Landesförderung – auch Eigentumserwerb ist schließlich förderfähig –, zudem Bundesförderung über KfW. Weiterhin zeigen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Bauwirtschaft, dass wir einen Boom und keine Krise haben – also ein reiner Schauantrag für die Wählerklientel, keine Sachebene.

(Zuruf von den GRÜNEN)

So weit die Bauleute.

Diese Stichworte reichen eigentlich aus; aber gerne gehe ich Ihren Antrag mit Ihnen aus finanzpolitischer Sicht noch einmal durch:

Im ersten Absatz schreiben Sie: I

„In keinem anderen Bundesland sind die Steuersätze für den Erwerb eines Eigenheims höher.“

(Ralf Witzel [FDP]: Genau! Aber in vielen niedriger!)

Sie tun so, als wäre das ein Alleinstellungsmerkmal für NRW. Sie hätten auch schreiben können: In keinem anderen Bundesland ist die Mehrwertsteuer höher als in NRW.

(Ralf Witzel [FDP]: Nein!)

Das ist auch richtig; die liegt überall bei 19 %.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Ähnlich verhält es sich mit der Grunderwerbsteuer. Auch vier weitere Länder erheben 6,5 %. Nur zwei Länder – Bayern und Sachsen – nehmen die von Ihnen für so erstrebenswert gehaltenen 3,5 %. Oder genauer formuliert: In mehr als doppelt so vielen Ländern liegt die Grunderwerbsteuer bei 6,5 % statt bei 3,5 %.

(Zurufe von der FDP: Och!)

Dann weisen Sie darauf hin, dass sich die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer pro Jahr in der Zeit von 2010 bis 2016 von 1,07 Milliarden € auf fast 3 Milliarden € Jahr erhöht haben. – Damit wollen Sie den Eindruck erwecken, aufgrund sprudelnder Steuereinnahmen könnten nach der Wahl Steuern gesenkt werden.

(Ralf Witzel [FDP]: Genau so ist es!)

Die Wahrheit ist – die entsprechende Vorlage, Herr Witzel, haben Sie am 6. März dieses Jahres im Haushalts- und Finanzausschuss bekommen –,

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

dass die Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer

(Ralf Witzel [FDP]: Genau!)

im Januar und Februar 2017 im Vergleich zu den ersten beiden Monaten 2016 stagnieren.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Also streuen Sie den Menschen im Land keinen Sand in die Augen, und lassen Sie diese falschen Versprechungen!

Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Im zweiten Absatz prangern Sie dann zu Recht die Share Deals an, die Unternehmen die Möglichkeit eröffnen, die Besteuerung von Wohneigentum zu umgehen. – Aber Sie ziehen die falsche Konsequenz. Die Lösung ist nicht, auch anderen die Möglichkeit zu eröffnen, weniger oder gar keine Steuern zu zahlen. Es gibt keine Gleichheit im Ungerechten.

(Beifall von Michael Hübner [SPD])

Wir brauchen die Einnahmen, um in Bildung, die Menschen und die Infrastruktur für die Menschen zu investieren.

(Vereinzelt Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Auf der zweiten Seite Ihres Antrags lassen Sie dann allmählich die Hosen herunter und beziffern, was Sie eigentlich wollen: einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer für private Ersterwerber in Höhe von 500.000 €. – Alle Achtung! Herr Ellerbrock, ein baureifes Grundstück für ein freistehendes Einfamilienhaus kostet beispielsweise in Duisburg oder in Essen in einfacher Lage laut dem Oberen Gutachterausschuss für Grundstückswerte 160 € pro m². Sie wollen also die Steuerfreiheit für den Erwerb von bis zu 3.150 m² – mehr als ein halbes Fußballfeld –,

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

um danach Ihren Palast daraufzusetzen.

(Beifall von Michael Hübner [SPD])

Mit Verlaub, aber so etwas machen wir Sozialdemokraten nicht mit!

(Beifall von der SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Wenn wir schon einmal bei den konkreten Zahlen sind, dann reden wir doch mal über die normale Situation. Eine Essener Familie beispielsweise zahlt für ein baureifes Grundstück von 250 m² in mittlerer Lage 65.000 €. Bei 6,5 % Grunderwerbsteuer kommen 4.225 € dazu.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Dann kann sich diese Familie, wenn sie denn willens ist, sich für 200.000 € ein kleines Häuschen darauf bauen.

(Ralf Witzel [FDP]: Dummes Zeug!)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, würden Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ellerbrock zulassen?

Markus Herbert Weske (SPD): Nein, im Moment nicht. Vielen Dank. – Dann wollen Sie uns weismachen, dass die Familie wegen der Kostensteigerung aufgrund der Grunderwerbsteuer – von 265.000 € auf 269.225 € – sagt: „Nein, das ist uns zu teuer; das lassen wir“? – Das ist doch Unsinn.

(Michael Hübner [SPD]: Genau!)

**Von der Rednerin/vom Redner nicht autorisiert - Nur zur Vorabinformation bestimmt
Nicht zitierfähig!**

Kommen wir zu guter Letzt zu Ihrer vermeintlichen Gegenfinanzierung:

Erstens. Für 3 % der 6,5 % haben Sie überhaupt keinen Vorschlag. Gerade vor einer Wahl müssen Sie schon sagen, wo Sie die 535 Millionen € im Landeshaushalt einsparen wollen.

Zweitens. Und dann kommt der Hammer: 581 Millionen € soll der Bund übernehmen und an das Land überweisen.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege.

Markus Herbert Weske (SPD): Ich komme zum Ende, vielen Dank. – Mit Verlaub, wir sind hier im Landtag Nordrhein-Westfalen. Schauen Sie nicht immer nur nach Berlin und halten die Hand auf! Wir tragen hier die Verantwortung und müssen hier die Konzepte und Lösungen erarbeiten.

(Beifall von der SPD – Zurufe von der FDP)

Dafür steht die rot-grüne Koalition und – da Sie angesichts der Umfragen Gefühle bekommen – das wird auch so bleiben. – Vielen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Herr Kollege, wenn Sie trotz der Umfragen noch einen Moment hierbleiben würden; denn es liegt eine Kurzintervention des Kollegen Ellerbrock vor.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Weske, Sie haben sehr populistisch die Grundstückspreise in einfacher Lage dargestellt. Der allergrößte Teil der Immobilienverkäufe sind Bestandsverkäufe, bei denen das Haus mitzufinanzieren ist. Damit gerade in Verdichtungsgebieten den einkommensschwächeren Schichten die Möglichkeit erleichtert wird, Häuser zu kaufen, sind wir auf diesen Freibetrag gekommen.

Wenn Sie dem Antrag zustimmen, dann können wir uns auch darüber unterhalten, 480.000 € statt 500.000 € einzusetzen. Daran soll es nicht liegen. Nur, Ihre Taschenspielertricks, den Freibetrag mal auf ein riesiges Grundstück umzurechnen, sind eigentlich unwürdig.

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Bitte schön, Herr Kollege Weske.

Markus Herbert Weske (SPD): Herr Ellerbrock – mit Verlaub –, was Sie wahrscheinlich meinen, ist doch die Situation, dass die Eltern, Mitte 50, sagen: Wir verkaufen jetzt unser Einfamilienhaus an eine junge Familie, damit die da einziehen und 20 Jahre lang ihre Kinder großziehen kann.

Sie aber wollen doch in Ihrem Antrag die Eigentumsquote erhöhen. Wenn aber die eine Familie ein Haus kauft und die andere Familie ein Haus verkauft, hat sich an der Eigentumsquote in Nordrhein-Westfalen doch überhaupt nichts geändert.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Ralf Witzel [FDP])